



FRIEDMANN EISLER, BERLIN

„Deutschland im Werte-Dilemma“

... NEUERE ENTWICKLUNGEN IM ISLAM

Wenn die Menschen in islamischen Ländern die Wahl haben, wählen sie mehrheitlich Islamisten. So war es in Tunesien 2011, letztes Jahr in Ägypten, schon vor Jahren in Algerien (wo es in Gewalt und Blutvergießen endete). Das beunruhigt uns. Wir haben Probleme damit, denn demokratische Wahlen sollten Demokratien hervorbringen, denken wir. Die Türkei generiert Fortschritt und Wachstum in vielen Bereichen, zugleich erhöhen die dort ebenfalls bis in höchste Regierungskreise hinein erfolgreichen Islamisten den Druck auf die Bevölkerung (vor allem die Minderheiten), wo sie nur können. Auch das macht uns zu schaffen. Es breitet sich die Sorge aus, dass durch die Arabische Revolution alte „säkulare“ autoritäre Regime durch neue religiöse ersetzt werden, die vom Islamismus der Muslimbruderschaft oder der Salafiten oder gar des iranischen Gottesstaates bestimmt sind. Islamisierung allerorten?

■ Die Lage in Deutschland

Auch in Deutschland hat sich Unsicherheit breitgemacht. Spätestens seit dem Minarettbauverbot in der Schweiz und der „Sarrazin-Debatte“ 2010 polarisiert sich die Islam- und Integrationsdebatte immer mehr; negative Einstellungen, Ressentiments und offene Ablehnung gegenüber dem Islam und Muslimen haben zugenommen, nicht nur am

Stammtisch. „Deutschland im Werte-Dilemma“ heißt ein eben erschienen Buch. Der Titel zeigt etwas von der Stimmung, in der wir uns derzeit befinden.

Toleranz, ja – aber Toleranz für diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Mädchen und Frauen? Freiheit, natürlich – aber für die Verankerung scharia-rechtlicher Prinzipien in unserer Gesellschaft? Solidarität, selbstverständlich – aber doch nicht mit jenen, die den Rechtsstaat umgehen und eine eigene Schattenjustiz aufbauen! Es fällt tatsächlich nicht leicht, angesichts der jüngeren Entwicklungen ein klares Bild zu gewinnen, wohin die Reise geht.

■ Islam und Islamismus

Klar ist jedoch, dass der Anteil extremistischer Muslime klein ist. Die sozusagen notorisch islamistisch eingestellten Muslime finden sich nach offizieller Lesung im Umfeld der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), die mit ihren rund 31000 Mitgliedern seit Jahren unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht. Islamistisches Gedankengut ist freilich nicht auf einzelne Verbände festgelegt. Besonders radikal und in letzter Zeit zunehmend aggressiv missionarisch auftretend sind beispielsweise die Salafiten, deren Zahl in Deutschland inzwischen mit 4–5000 angegeben wird. Sicherlich ist nicht allein die Zahl ausschlaggebend, sondern die Sichtbarkeit

und die Wirksamkeit nach außen, die gerade im Blick auf den Salafismus über dessen Internetaktivitäten überproportional zu Buche schlägt. Zugunsten islamistischer Tendenzen wirkt sich aus, dass gerade die gut organisierten und öffentlich vernehmbaren Stimmen häufig aus religiös-konservativen Lagern mit islamistischen Rändern kommen. Dennoch ist die Relation nicht unwichtig:

Nur ungefähr ein Prozent der Muslime werden als extremistisch eingeschätzt.

Natürlich kann man fragen, inwiefern der Islamismus von „dem“ Islam überhaupt zu unterscheiden sei. Der Islam hat von seinen Ursprüngen in Medina her eine natürliche Nähe zum Politischen; Islamisten können sich auf die religiösen Quellen des Islam berufen. Aber es ist doch so, dass ein erheblicher Teil der hier lebenden Muslime (die „schweigende Mehrheit“) offensichtlich wenig Interesse an islamistischen Ideen hat. Andererseits muss die Instrumentalisierung des Islam zur Durchsetzung politischer Ziele klar unterschieden werden (können) von den – vor allem in der Diaspora – zu beobachtenden Versuchen, das durchaus vorhandene Reformpotenzial des Islam angesichts pluraler rechtsstaatlicher Gesellschaftsformen auszuloten. Daher ist die Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Sie schärft das Bewusstsein für demokratie- und

menschenrechtsfeindliche Haltungen, denen in aller Deutlichkeit entgegengetreten werden muss, leugnet jedoch nicht von vornherein die Möglichkeit einer Beheimatung von Muslimen in dieser religiös-weltanschaulich pluralen Gesellschaft. Auf faire und realistische Unterscheidungen wird daher einiges ankommen.

■ Aktuelle Entwicklungen

Wir greifen nur einige Aspekte heraus. Vieles spricht für eine Entwicklung zur Normalität. So gibt es zum Beispiel an immer mehr Orten islamische Gräberfelder oder eigene Friedhöfe. In Wuppertal ist jetzt ein gemeinsamer Friedhof für Christen, Juden und Muslime geplant. Wenn Friedhöfe gebraucht werden, heißt das ja auch, dass Menschen hier Wurzeln geschlagen haben. Die bislang selbstverständliche Überführung der Toten in ihre Heimatregionen geht zurück. Auch die Ahmadiyya – gefragt, was sie mit den frisch verliehenen Körperschaftsrechten vorhat – denkt zuerst an Friedhöfe. Dass die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) jetzt in Hessen den begehrten und mit Privilegien ausgestatteten Körperschaftsstatus zuerkannt bekam, ist übrigens ein historischer Schritt, der doch erstaunt hat. Was große islamische Verbände seit vielen Jahren erstreben und ebenso lang die Debatten um die „Anerkennung“ des Islam in Deutschland befeu-



ert, erreichte die AMJ als erste islamische Organisation innerhalb kürzester Zeit. Lehre und Gesinnung der Ahmads sind alles andere als demokratiekompatibel, doch werden Religionsgemeinschaften nicht an religiös-ideologischen Inhalten, sondern an formaljuristisch relevanten Gesichtspunkten sowie an ihrer faktischen Rechtstreue gemessen. In Hessen ist der politische Kontext zu beachten: Die AMJ ist dort mit der DITIB an der Einführung des islamischen Religionsunterrichts ab kommendem Schuljahr beteiligt.

Natürlich wird nicht nur an Friedhöfe, sondern auch an Moscheen gedacht. Moscheebauprojekte sind besonders konfliktbehaftet, weil Moscheen als sichtbare Zeichen der islamischen Präsenz auf (historisch gewachsene und neu entstandene) Empfindlichkeiten stoßen, mit denen sich sowohl die Muslime als auch die Mehrheitsgesellschaft auseinandersetzen müssen. Die dann größte Moschee Deutschlands ist die DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld, die in diesem oder im nächsten Jahr eröffnet wird.

Den islamischen Religionsunterricht (IRU) gibt es inzwischen offiziell in Nordrhein-Westfalen; Hessen und Niedersachsen stehen in den Startlöchern.

Der Hamburger „Religionsunterricht für alle“ wird im Rahmen der jüngst ratifizierten staatlichen Verträge mit Muslimen und Aleviten zwar weiterhin in evangelischer Verantwortung bleiben, aber wohl auch für islamische und alevitische Lehrkräfte geöffnet. Trotz aller Kritikpunkte entsteht in all dem vieles, was einmal

Normalität sein wird. In allen Fällen bestehen jedoch nach wie vor ungelöste Probleme hinsichtlich der Frage, wer tatsächlich Ansprechpartner des Staates im Sinne der staatskirchenrechtlichen Grundsätze sein kann. Dasselbe gilt auch im Blick auf die Zentren für islamische Theologie an Universitäten, die inzwischen in Tübingen, Münster/Osnabrück, Frankfurt/Gießen und Nürnberg-Erlangen eingerichtet worden sind. Und darin liegt gesellschaftspolitischer Zündstoff. Vorläufig hat der Staat in Absprache mit den islamischen Verbänden Ansprechpartner in Form von Beiräten kreiert. So sinnvoll und nötig das aus politischen Gründen erscheint, so problematisch ist es im Blick auf die Frage, wer denn am Ende die Inhalte für die islamischen Bildungsangebote bestimmt. Im Moment sieht es sehr nach konservativen Zugpferden aus, die lieber keine islamischen Neuerungen sehen wollen.

■ Islamische Theologie wohin?

Was das bedeutet, kann man an einem in jeder Hinsicht spannenden Fall ablesen, der zugleich zeigt, wie offen die Debatte ist. Letztes Jahr legte der Münsteraner Islamprofessor Mouhanad Khorchide sein Buch „Islam ist Barmherzigkeit“ vor (Herder-Verlag). Der gebürtige Palästinenser, der in Saudi-Arabien aufwuchs, plädiert darin leidenschaftlich für ein Islamverständnis, das die „Botschaft der Barmherzigkeit“ in den Mittelpunkt stellt. Die Beziehung zwischen Gott und Mensch solle nicht auf Angst und Gehorsam gründen, sondern auf Liebe und Respekt.

Nicht an der Frage der Pflichterfüllung von Regeln entscheide sich wahrer Glaube, sondern an der Liebe und am lebendigen Gegenüber zu dem absolut barmherzigen Gott. Auf Schritt und Tritt kann man spüren, dass Khorchide intensiv mit Christen im Gespräch ist. So spricht ein Kapitel von der „Selbstmitteilung Gottes“ im Koran, ein anderes vom Gottesdienst als „Dienst am Menschen“. Trotz manchen Vorbehalten ist dies der erste pointierte Entwurf einer neuen, reformerischen Theologie, der sich sowohl an Muslime wie auch an Nichtmuslime wendet.

Der Protest aus den eigenen Reihen ließ nicht lange auf sich warten. Im Frühjahr gingen Vertreter islamischer Verbände, auch aus den Reihen der genannten Beiräte, auf die Barrikaden. Sie fürchten um die solide islamische Ausbildung ihrer Kinder. Nun wäre ein Streit in der Sache auch nur ein Zeichen von Normalität. Beunruhigt wurde die Angelegenheit jedoch, als der Professor „eingeladen“ wurde, „die Reue (tauba) abzulegen und sich wie ein Muslim zu verhalten“. Nun hat im Islam die „Aufforderung des Abtrünnigen zur Buße“ etwas mit dem Abfall vom Glauben (irtidad) zu tun, auf den die Todesstrafe steht. Man beeilte sich zu betonen, es habe sich in diesem Fall nicht um eine solche Aufforderung zur Reue eines Abtrünnigen gehandelt. Doch allein die Tatsache dieses klärenden Hinweises zeigt, dass die Intervention in diesem Kontext verstanden werden konnte und offenbar auch so verstanden wurde. Die Brisanz des bisher einmaligen Vorgangs liegt auf der Hand.

Wir haben hier also beides: Den Vorstoß einer modernen islamischen Theologie – inwiefern dieser sich außerhalb der islamischen Tradition bewegt, sollten wir zunächst Muslimen überlassen – und die drastische Reaktion aus den Reihen der konservativen Verbandsvertreter. Es ist in der Tat nicht ausgemacht, wohin die Reise geht. Nichts wäre indes mehr zu wünschen als eine konstruktive Aufnahme der Thesen Khorchides vor allem unter den Musliminnen und Muslimen der jungen Generation, die akademisch gebildet und zur kritischen Reflexion der eigenen Glaubens Traditionen bereit sind.

■ Schluss

Kulturelle Entwicklungen sind nie einlinig – und immer vieldeutig. Neues und Fremdes beunruhigt uns, war aber immer Teil des gesellschaftlichen Lebens. Kultur ist immer auch ein offener Prozess. Es geht nicht darum, die Gefahren islamistischer Ideologien zu verharmlosen. Dem exklusiven Geltungsanspruch der ganzheitlichen islamistischen Gesellschaftsordnung von der Politik bis ins Private muss entschieden entgegengetreten werden. Dabei ist das Festhalten von Bewährtem und das Bewahren von als gut Erkanntem ebenso die Aufgabe von uns Christen wie die offene und konstruktive Gestaltung eines persönlichen und gesellschaftlichen Umfelds, das die Muslime in unserer Nachbarschaft nicht ausgrenzt, sondern mit einbezieht. ■